

Pößneck, den 07.04.2012

Straßenausbaubeiträge müssen verhindert werden Ostthüringer Zeitung fragt – BIRSO antwortet

Im Stadtrat Pößneck soll eine Satzung zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen, rückwirkend bis 1991, erlassen werden. Die Ostthüringer Zeitung hat am 20.03.2012 unserer Fraktion dazu Fragen gestellt. Wir möchten hiermit die Fragen der OTZ und unsere Antworten veröffentlichen und hoffen, für unsere Meinung eine breite Unterstützung zu bekommen.

Fragen der OTZ

1. Inwiefern wird sich Ihre Fraktion an der Gestaltung einer Satzung des vorliegenden Entwurfs beteiligen?
2. Dem Bürgermeister zufolge seien aus dem Stadtrat bislang keine Anregungen zu einer solchen Satzung gekommen - aus welchem Grund haben Sie auf den vorliegenden Entwurf noch keinen Einfluss genommen?
3. Der Bürgermeister ist der Meinung, dass es sich einige Stadträte zu einfach machen würden, wenn sie eine Satzung nur ablehnen würden, außerdem würde eine solche Haltung dem Eid widersprechen, die Gesetze zu achten und umzusetzen - wie stehen Sie dazu?
4. Wird Ihre Fraktion in punkto Straßenausbaubeitragssatzung irgendwelche Initiativen ergreifen?
5. Sollten Sie nach wie vor eine solche Satzung ablehnen - welche realistischen lokalen Alternativen sehen sie zu einer solchen Satzung?

Antworten der Fraktion der BIRSO

- Zu 1. Die BIRSO wird sich an der Gestaltung einer Satzung zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen nicht beteiligen. Bekanntlich entstehen bei der heutigen Verkehrssituation durch Straßenausbaumaßnahmen für die Anlieger keinerlei besondere Vorteile, sondern diese kommen der Allgemeinheit zugute. Somit sind Zwangsbeiträge der Grundstückseigentümer rechtlich nicht vertretbar, sondern ein Relikt der gesellschaftlichen Bedingungen des 19. Jahrhunderts. Außerdem wurden in Pößneck von vielen Grundstückseigentümern bereits vor über 70 Jahren im bebaubaren Innenbereich Straßenanlieger- und Kanalbeiträge bezahlt.
- Zu 2. Die BIRSO ist aktives Mitglied der Bürgerallianz Thüringen, dem Dachverband Thüringer Bürgerinitiativen. Die Bürgerallianz hat ein Volksbegehren zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und der Herstellungsbeiträge für Entwässerungseinrichtungen initiiert. Derzeit lässt die Landesregierung die Zulässigkeit des Volksbegehrens vor dem Verfassungsgericht prüfen.

*„ Bürgerinitiative für Recht und Sicherheit Orla e.V. ”
BIRSO- Fraktion des Stadtrates Pößneck*

Fraktionsvorsitzender Wolfgang Kleindienst; 07381 Pößneck, Kastanienallee 4a; Tel. 03647 423223;

Mobil 0151 16160108; E-Mail: kleindienst@birso.de; Internet: www.birso.de

Wir sind überzeugt, dass unser Volksbegehren Erfolg haben wird, schließlich wurden erst unlängst in Berlin diese Zwangsbeiträge abgeschafft, in Baden-Württemberg werden seit Jahrzehnten keine mehr erhoben und in Sachsen können die Kommunen selbst über die Erhebung entscheiden.

Eine Diskussion darüber mit den Befürwortern dieser unseligen Abgaben würde nur dann Sinn machen, wenn die Entscheidung über unser Volksbegehren bereits gefallen wäre. Bis dahin fordern wir die Landesregierung auf, durch ein Moratorium alle Satzungen für Straßenausbaubeiträge vorläufig auszusetzen. Der Stadtrat Pößneck sollte mit einem entsprechenden Beschluss eine diesbezügliche Erklärung an die Landesregierung abgeben. Der Bürgermeister wird aufgefordert, über den Gemeinde- und Städtebund die Interessen unserer Bürger gegenüber der Landesregierung deutlich zu machen.

- Zu 3. Wir haben einen Eid geleistet, Schaden von der Bevölkerung abzuwenden. Mit der Ablehnung von Straßenausbaubeiträgen kommen wir dieser Verpflichtung nach. Die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung lehnt diese Zwangsbeiträge ab, weil solche mittelalterlichen Methoden nicht mehr in die heutige Zeit passen. Wir sind der Überzeugung, dass auch Abgabengesetze geändert werden können und dass gewählte Vertreter in einer Demokratie die Interessen ihrer Wähler zu vertreten haben, in diesem Fall das Thüringer Kommunalabgabengesetz zu ändern und nicht willenlos zuzustimmen. Sollte der Bürgermeister der Meinung sein, dass unsere Haltung dem Eid widerspricht, kann er dies gern prüfen lassen.
- Zu 4. Unsere Fraktion hat als einzige im Stadtrat seit 1999 Initiativen zur Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ergriffen. Wir waren es, die von Anfang an die Rechtmäßigkeit der bisherigen wiederkehrenden Straßenausbaubeitragssatzungen bezweifelt und schließlich auch Recht bekommen haben. Wir laden alle Gegner von weiteren ungerechten Abgabenbelastungen ein, sich unserer Initiative zum Volksbegehren anzuschließen. Auch politischer Ungehorsam gehört zur Demokratie.
- Zu 5. Wir werden nach wie vor eine derartige Satzung ablehnen. Die Begründung habe ich bereits erläutert. Übrigens hatte in Thüringen bisher nur jede dritte Gemeinde Straßenausbaubeiträge erhoben. Die Stadt Pößneck sollte Vorreiter einer breiten Gegenbewegung werden und weitere Kommunalpolitiker zum Widerstand auffordern. Eine lokale Alternative wäre auch, die Wähler dazu aufzurufen, ihre Stimme bei der nächsten Landtagswahl nur Parteien zu geben, welche ernsthaft gewillt sind, die Zwangsbeiträge abzuschaffen. Der Bürgermeister sollte Verbindung mit den Amtskollegen aufnehmen, welche ebenfalls für die Abschaffung der SAB sind. Dies ist meines Wissens z.B. in der Stadt Schleusingen der Fall. Der Stadtrat Pößneck sollte Mut zur Alternative haben und sich vor seine betroffenen Bürger stellen. Auch das ist Demokratie. Dann kann gerichtlich festgestellt werden, ob tatsächlich durch die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ein besonderer Vorteil für Grundstückseigentümer entsteht. Bei der Erarbeitung der Klagebegründung stehen wir gern zur Verfügung.

Wolfgang Kleindienst
Fraktionsvorsitzender